

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

76 (29.3.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tgl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Samstag, den 29. März 1952

Nr. 76

Generalvertrag wird im Mai unterzeichnet

Acheson, Eden und Schuman werden erwartet — Adenauer gegen Viermächteverhandlungen

Bonn (UP). Bundeskanzler Adenauer kündigte in einer CDU-Kundgebung in Bonn an, daß der deutsch-alliierte Generalvertrag in der zweiten Maihälfte in der Bundeshauptstadt unterzeichnet werde. Die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs würden zu diesem feierlichen Akt persönlich nach Bonn kommen.

Dr. Adenauer sagte, daß die Bundesrepublik ihre Souveränität noch vor Abschluß des Vertrages über die Europa-Armee zurückhalten müsse. Der Kanzler, der zum erstenmal von einer „Leibwache“ von etwa zehn Geheimpolitisten begleitet war und zu dessen Sicherheit im Hinblick auf den Attentatsversuch besondere Vorkehrungen getroffen worden waren, nannte diese Unterzeichnung des Generalvertrags und seiner Zusatzabkommen in Bonn „eine demonstrative Handlung gegenüber der Bundesrepublik“.

Zur sowjetischen Deutschlandnote sagte der Kanzler, daß die Integration Europas stören wolle und daß der rechte Zeitpunkt für Verhandlungen mit den Sowjets noch nicht gekommen sei. Deutschland müsse auf jeden Fall darauf dringen, an Friedensverhandlungen gleichberechtigt teilnehmen zu können. Die Wiedervereinigung sei dafür Voraussetzung. Verhandlungen der vier Großmächte unter sich über Deutschland dürften nicht zu-

gelassen werden. Dr. Adenauer kündigte weitere Noten Moskau an. Er versicherte, daß der Kreml keinen heißen Krieg wolle. Der kalte Krieg aber könne gewonnen werden, wenn der Westen stark bleibe und Europa sich vereinige. Bis zu dem Tag, an dem der Westen genau so stark wie Sowjetrußland sei, müsse man „geduldig warten“. Erst dann könne mit Moskau verhandelt werden.

Ollenhauer: Bonn nur Provisorium
Der zweite Vorsitzende der sozialdemokratischen Opposition, Erich Ollenhauer, verlangte in einer Pressekonferenz in Bonn, daß eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung in der Freiheit ihrer außenpolitischen Entscheidung durch das „Provisorium Bonn“ nicht eingeschränkt werden dürfe.

Erich Ollenhauer, der dieselben Gedanken am Freitagabend auch über den Süddeutschen Rundfunk vortrug, nannte dabei den Generalvertrag, das Saarproblem und die Eingliederung der Bundesrepublik in die atlantische Verteidigungsgemeinschaft als Beispiele für Verhandlungen, die ihres provisorischen Charakters wegen für eine gesamtdeutsche Regierung nicht bindend sein dürften. Die Bundesregierung dürfe in ihren Verhandlungen mit den westlichen Alliierten keine Tatsachen schaffen, die eine Wiedervereinigung Deutschlands erschweren könnten.

Der zweite SPD-Vorsitzende wiederholte dabei seine Forderung, jeden „vernünftigen und ernsthaften Versuch“ zu unternehmen, mit der Sowjetunion in ein echtes Gespräch über die Wiedervereinigung Deutschlands zu kommen. Eine Vierer-Konferenz sei in jedem Falle der einzig mögliche Weg dazu. Direkte Verhandlungen mit der Ostzone lehnte er ab. Ollenhauer sprach schließlich die Hoffnung aus, daß bald geklärt werde, ob die Westmächte ihre Verhandlungsbereitschaft tatsächlich von der Eingliederung Deutschlands in das westliche Vertragssystem abhängig machen. In einer kritischen Stellungnahme zu Adenauers Saargesprächen erinnerte der gegenwärtige Oppositionsführer daran, daß die Saar nach Ansicht des Bundestages und der Bundesregierung nach wie vor „ein Teil Deutschlands und ein Teil der französischen Besatzungszone“ sei. Deshalb könne auch einem frei gewählten Saarlandtag keine Verfügungsgewalt über das Saargebiet zugestanden werden. Ganz allgemein müßten alle Grenzfragen dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben.

Euler gegen Europäisierung
Die FDP werde keine vage Europäisierung des Saargebietes billigen, „die ein Gebiet mit 900 000 Deutschen einem Europa zum Opfer bringt, das es als politisch organisierte Gemeinschaft noch gar nicht gibt“, erklärte der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, August Martin Euler. Der Weg zu dieser europäischen Gemeinschaft werde nur erschwert, wenn in Europa ein neues Klein-Territorium mit verwickelter internationaler Zuständigkeit nach dem Muster Danzigs und Triests geschaffen werde.

Die Herstellung einwandfreier demokratischer Verhältnisse an der Saar bleibe die unerlässliche Voraussetzung für die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Die angebahnten deutsch-französischen Verhandlungen sollten sich auf eine vorläufige Regelung beschränken, um die politischen Freiheiten für die Saarbevölkerung zu verwirklichen.

DGB respektiert die Parlamente
Fette lehnt „Belehrungen“ ab — Beamtentag des Gewerkschaftsbundes

Düsseldorf (UP). Auf dem ersten „Beamtentag“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes betonte der DGB-Vorsitzende Fette, daß der DGB auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehe und die Vorgesetzstellung der aus freien Wahlen hervorgegangenen gesetzgebenden Körperschaften anerkenne. Er wies daher alle Verdächtigungen zurück, wonach der Gewerkschaftsbund Regierungen und Parlamente zu überspielen strebe und mit außerparlamentarischen Druckmitteln seine Forderungen gewaltsam durchzusetzen versuche. Er habe aber nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, seine Forderungen, soweit sie einer gesetzgeberischen Bestätigung bedürfen, mit allen legalen Mitteln bei Regierung und Parlament zur Geltung zu bringen. Im übrigen kenne der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Stellung und sein Aufgabengebiet in einem demokratischen Staat selbst und bedürfe keiner Belehrung.

Der Gewerkschaftsbund, so führte Fette weiter aus, anerkenne die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenrechts und wisse sie nötigenfalls zu verteidigen. Der DGB denke nicht daran, die besondere Rechtsstellung, die in der Beamteneigenschaft beschlossen liege und der ja auch besondere Pflichten entsprächen, anstasten zu lassen. Gegenüber der einstigen Stellung des Beamten als Repräsentant und ausübendem Arm eines alleingebietenden Herrscherwillens sei heute allerdings der Beamte in der Bundesrepublik ausübendes Organ des Volkswillens. In diesem Sinne hätten alle Behörden einen Betriebscharakter. In Konsequenz dieser Auffassung wende sich der DGB gegen eine Sonderbehandlung des öffentlichen Dienstes im Betriebsverfassungsrecht. Abschließend gab der DGB-Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß der Bundestag der Forderung des DGB nach einem einheitlichen Betriebsverfassungsrecht entsprechen werde, nachdem die Bundesregierung sich nicht habe überzeugen lassen.

Das SED-Zentralkomitee der Ostzone hat sich in einem Schreiben an den Parteivorstand der SPD gewandt, um sie zu gemeinsamen Beratungen über gesamtdeutsche Wahlen und einen Friedensvertrag zu bewegen.

Bundestagsabgeordneter Semler, der sich zur Zeit in Casablanca befindet, erklärte, die Bonner Regierung beabsichtige die Einrichtung eines Generalkonsulats in Casablanca, das voraussichtlich mit Dr. Reifferscheidt besetzt werde.

Dr. Franz Ott, der im Kreis Eßlingen gewählte Bundestagsabgeordnete der Deutschen Gemeinschaft, hat sich als Hospitant der Fraktion der Deutschen Partei angeschlossen, nachdem sich die DG-Fraktion aufgelöst hatte.

Moskaus Militär-Budget

Von Martin Bethke

Vor dem Obersten Sowjet hat Finanzminister Swerjew das Feuerwerk eines russischen Budgets mit ungeheuren Milliardensummen abbrennen können, ohne daß einer der sogenannten Volksvertreter auch nur eine Frage über die 508,8 Milliarden Rubel Einnahmen und 476,9 Milliarden Ausgaben gestellt hätte. Stalin war übrigens nicht anwesend, zum ersten Male bei solchem Vorgang. Im ordentlichen Etat sind 113,8 Milliarden, also rund 24 Prozent, ganz offen für militärische Zwecke vorgesehen; dieser Betrag ist höher als in irgendeinem westlichen Staat (z. B. in England 12 Prozent). Noch im Jahre 1940 gab der russische Militär-Etat nur etwa die Hälfte dieser Summe zu, die auch für 1951 nur 96,3 Milliarden Rubel vorsah. Außerdem werden aber noch 30 Milliarden ohne besondere Bezeichnung der Verwendung angeführt; sie dienen also nach sowjetischer Praxis ebenso militärischen Zwecken, wie das von 106 Milliarden im Jahre 1951 auf diesmal 143 Milliarden Rubel gesteigerte Investitionsprogramm dem weiteren Ausbau der Rüstungsindustrie gilt. Rund 60 Prozent des Budgets, mindestens aber die Hälfte, sind eindeutig militärischen Zwecken vorbehalten. Das ist eine gewaltige Summe, die beweist, welche Kräfteanstrengungen die Sowjetunion unternimmt und welche Opfer das Sowjetvolk zu tragen hat.

Es kann als sicher gelten, daß die russische Bevölkerung keineswegs mit Begeisterung solche Lasten trägt. Ununterbrochen geht auch ein Propagandaregen über Stadt und Land nieder. Er „beweist“ die bittere Notwendigkeit zu einer gesteigerten Verteidigungsbereitschaft und kann dies, weil die Amerikaner erneut das notwendige Material dafür geliefert haben. Die Russen verdanken das ihrem vorzüglichen Agentennetz, das Amerikas Abwehrchef, General Bedell Smith, schwere Kopfschmerzen bereiten muß, denn die schwedischen Spionageaffären und die Auskundschaftung des britischen und amerikanischen Atomvorrates haben sein Funktioniern ebenso erwiesen wie die fast täglich in Deutschland beobachteten Spionagefälle.

Den Russen ist im Juni vorigen Jahres in Frankfurt ein großer Schlag gelungen, der heute — seit dem 11. März in Faksimile auf Plakaten — eine der Begründungen abgibt für die Notwendigkeit sowjetischer Ausrüstung. Der US-Militärattaché in Moskau, General Grow, hat sich nämlich als einer der größten Dummköpfe erwiesen, die jemals eine Abwehr-Organisation geziert haben. Ausgerechnet auf der Konferenz der militärischen Spionagedienste in Frankfurt hat er sich sein Tagebuch im Hotel photokopieren lassen. Daß er es liegen ließ, war nicht unverzeihlicher, als überhaupt eins zu führen. Und in schöner Offenheit plädiert er darin nicht nur für den Präventivkrieg, sondern berichtet auch haargenau über seine militärgeographischen Studien im Moskauer Gebiet und seine und seiner Kollegen Fahrten zur Erkundung der Luftabwehr-Stationierung im Rayon von Moskau. Es muß im Pentagon lange Gesichter gegeben haben, als aus der Feder eines desertierten britischen Offiziers ein Buch in Ostdeutschland erschien mit dem Titel „Der Weg zum Krieg“, das Auszüge aus dem ominösen Tagebuch brachte. Dann folgten ganze Kapitel in Fortsetzungen in der Moskauer „Literaturnaja Gazeta“ und dann schließlich die faksimilierten Stellen von der Kriegshetze auf Plakaten für die sowjetische Bevölkerung.

Glaubt man nun, daß die sowjetisch-chinesischen Vorwürfe, Amerika habe in Korea den Bakterienkrieg eröffnet, hinter dem Eisenen Vorhang nicht auch für berechtigt gehalten werden? Moskau muß nur glaubhaft ein paar Namen nennen, an der Spitze den Generalmajor William Ready, den Chef des Forschungs- und Entwicklungsamtes des Chemiedienstes der amerikanischen Armee. Hinzu kommt noch die Auseinandersetzung zwischen einem der höchsten Richter, William O. Douglas, und dem amerikanischen Generalstabschef, General Bradley, über die Frage, ob es in den USA einen Militarismus gäbe. Der Richter sagt entrüstet: Ja, er herrscht! Der General meint: Es gibt keine Militarclique, aber es werden Notstände kommen, wo der Rat der Militärs eingeholt werden muß! In der Wiedergabe zweckentsprechend formuliert, wird auch dies den Russen den Beweis für eine aggressive amerikanische Haltung vor der Bevölkerung liefern.

Die Personalpolitik der Amerikaner ist nicht glücklich. Jüngst hat selbst der Präsident des Forschungsrates für soziale Wissenschaften, Dr. Pendleton Herring, zugegeben, daß die USA ganze 160 Sachverständige für Asien, mit umfassender Kenntnis für die Gebiete von Japan und den Philippinen über Indien bis Afghanistan und Iran, zur Verfügung haben. Was nicht bedeutet, daß man sie ernstlich hört, daß es nicht mehr gibt und daß man für Ausbildung und Nachwuchs sorgt. Die Sowjets dagegen verstehen auf Stimmungen Klavier zu spielen und setzen Fachleute in Mengen an. Sie wissen sich auch des ihnen geschenkten Materials zu bedienen. Wenn der frühere Präsident Hoover eine Analyse der sowjetischen Außenpolitik unternimmt und bei ihr einen realen Friedenswillen erkennt, wird ihn die ganze sowjetische Presse abdrucken zu ihrer Rechtfertigung. Und im gleichen Atem-

Auf der Spur des Münchener Attentäters

Wo ist Mario Mirelli? — Briten haben vor 14 Tagen vor einem Attentat gewarnt

Bonn (UP). Britische Dienststellen haben die Bundesregierung bereits vor 14 Tagen gewarnt, daß mit einem Anschlag auf das Leben des Bundeskanzlers gerechnet werden müsse. Wie ein britischer Sprecher mitteilte, könnten die Informationen möglicherweise mit dem Attentatsversuch auf den Kanzler, der jetzt in München aufgedeckt wurde, in Zusammenhang stehen. Nähere Angaben wurden nicht gemacht.

Am Freitagabend tauchten Spuren eines Mannes auf, der mit dem Attentatsversuch zusammenhängen könnte. Es handelt sich um einen gewissen Mario Mirelli, der sich am Vortage in einer Münchener Fremdenpension unter diesem Namen in das Anmelderegister eintrug und angeblich am 19. November 1950 in Rom geboren ist. Nach den polizeilichen Ermittlungen hat Mirelli die Pension bereits nach kurzer Zeit wieder verlassen. Er trug ein in Zeitungspapier eingewickeltes Paket unter dem Arm, als er das Haus verließ, und hinterließ in der Pension einen Vulkanfieberkoffer. Das von Mirelli gemietete Zimmer wurde inzwischen von der Polizei versiegelt. Die Polizei fordert die Bevölkerung zur Mithandlung nach Mirelli auf.

Das vereitelte Bombenattentat auf den Bundeskanzler, das — ähnlich wie die Anschläge in Norddeutschland im November vergangenen Jahres — durch die Versendung von Donarit in einem Postpaket erfolgen sollte, überschattet die politischen Ereignisse in der Bundeshauptstadt. Das Kabinett, die Regierungsparteien, die Gewerkschaften, die Opposition und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben dem Kanzler dazu gratuliert, daß der Anschlag, dessen Vereitelung einem Münchener Polizeifeuerwerker das Leben kostete, sein eigentliches Ziel nicht erreichte. Ein Sprecher des Innenministeriums äußerte die Befürchtung, daß noch weitere Attentate geplant seien. Entsprechende Vorkehrungen in den Ministerien sind getroffen.

Die Hauptfahrt zum Amtssitz des Kanzlers am Palais Schaumburg wird in den nächsten Tagen durch ein elektrisch betriebenes Scherengitter gesichert, das für passierende Autos in Sekundenschnelle geöffnet werden kann. Diese zusätzliche Sicherung war schon seit längerem geplant und vorbereitet, da die Polizei der Auffassung war, daß sich der tägliche Besucherverkehr somit nicht mehr kontrollieren lasse. Hinsichtlich der Paketeingänge sind ebenfalls neue Regelungen getroffen worden. Auch die Privatwohnung Dr. Adenauers erhielt besondere Sicherungsmaßnahmen.

Ein im Bundeskanzleramt eingetroffenes weiteres „ominöses Paket“ an den Kanzler wurde sichergestellt. Als es vorsichtig geöffnet wurde, kam nur eine antike Uhr zum Vorschein. Sie ist dem Kanzler offenbar auf Grund der Meldung übersandt worden, daß er ein begeisterter Uhrensammler sei. Dieses zweite Paket war am Freitag vormittag zunächst unter besonderen Verschluss genommen worden, weil aus dem Inneren leises Ticken zu hören war.

Der Name „Erich von Halacz“ taucht immer wieder in den Erörterungen auf, die in Bonn und im übrigen Bundesgebiet über die Hintergründe des Attentats angestellt werden. Dr. Ludwig Weltmann, der Vizepräsident der Münchener Polizei, meinte im Anschluß an eine Aussprache mit einem Spezialisten des Bundeskriminalamtes, es könne sich bei dem Täter um einen „Wahnsinnigen, vielleicht aber

nach einem Exzitierten wie Halacz handeln“. Möglicherweise sei der Täter in links- oder rechtsradikalen Kreisen zu suchen. Aus Hannover wird gemeldet, daß die Polizeidienststellen des Bundesgebiets gegenwärtig prüfen, ob ein Zusammenhang zwischen dem Attentatsversuch auf den Bundeskanzler und den Attentaten Erich von Halacz in Norddeutschland besteht.

Bundeskanzler Adenauer hat der Witwe des tödlich verunglückten Sprengmeisters sein Beileid ausgesprochen und den verletzten Polizeibeamten seine Teilnahme versichert. Die beiden Jungen, die das Bombenpaket abliefern, will der Kanzler nach dem Abschluß der Ermittlungen für ihre Ffirdigkeit belohnen. Dr. Hans Egidl vom Bundesinnenministerium deutete an, daß sie möglicherweise nach Bonn eingeladen und zur Belohnung in der Bundeshauptstadt herumgeführt werden sollen.

Das Bundesinnenministerium und das Karlsruher Bundesgericht haben wenige Stunden nach der Bombenexplosion im Münchener Polizeipräsidium führende Spezialisten mit der Untersuchung betraut. Bundesinnenminister Lehr hat erfahrene Kriminalisten mit dem Flugzeug nach München entsandt, und der Oberstaatsanwalt in Karlsruhe beauftragte den Bundesanwalt Hubert Schrübers mit der Aufnahme von Ermittlungen.

Wie aus München berichtet wird, ist die Adresse auf dem Bombenpaket unbeschädigt geblieben. Sie lautet: „An dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Bonn“. Das Paket trägt den Absendervermerk: „Sender: Prof. Dr. Erich Berghof, Frankfurt a/M., Bernheimer Landstr. 26“. Bemerkenswert ist das „dem“ und das Wort „Frankfurt“ sowie die falsche Schreibweise „Bernheimer Landstraße“. (In Frankfurt gibt es nur eine „Bornheimer Landstraße“).



Diese beiden Münchener Jungen brachten das Todespaket zur Polizei

Die Verkehrsminister der Länder hielten unter dem Vorsitz von Bundesverkehrsminister Seeborn in Füssen im Allgäu ihre 25. Tagung ab.

Der Bey von Tunis hat nachgegeben

Frankreichfreundlicher Ministerpräsident ernannt - Hauteclocque sehr zufrieden

zug „beweisen“, daß das Militär zum Krieg drängt.

Das russische Volk muß also einsehen, daß die Opfer nötig sind. So hat es auch den bald fertigen riesigen Wolga-Don-Kanal eropfert (das MWD hat die Menschen zur Zwangsarbeit gestellt), der alle Meere verbindet und mit 5 Meter Tiefe U-Booten und Zerstörern den Weg vom Eismeer zum Pazifik und vom Schwarzen Meer zur Ostsee ermöglichen soll. Auch ohne die Grows erfolgt das — aber ihre Dummheiten schenken die moralischen Begründungen und Ausflüchte.

Zunehmende Schwierigkeiten für Pinay Friedensvertrag mit Japan gebilligt

Paris (UP). Der französische Ministerpräsident Pinay konnte am Freitag einen Teilerfolg für sich verbuchen. Der Finanzausschuß billigte den Entwurf für den Haushaltsplan des Jahres 1952, nachdem er wesentliche Teile des Projektes gestrichen hatte. Der schwerste Schlag für das Programm Pinays ist die Ablehnung der von ihm vorgesehenen Amnestie für die Steuersünder der Vergangenheit. Ohne diese Vorschrift verliert der Vorschlag viel von der Wirksamkeit, die sich Pinay erhofft hatte. Das Budget wird nun am Dienstag in der Nationalversammlung zur Debatte stehen. Der Ministerpräsident wird hierbei Gelegenheit nehmen, die von ihm für gut befundenen Vorschläge vor den Abgeordneten zu vertreten. Es ist wahrscheinlich, daß er mit der Abstimmung über die wesentlichen Punkte des Haushaltsvorschlages die Vertrauensfrage verbindet. In politischen Kreisen der französischen Hauptstadt herrscht jedoch die Ansicht, daß die Deputierten nur zögernd gegen die Vorschläge Pinays Stellung nehmen werden, da der Ministerpräsident mit einigen seiner Maßnahmen einem großen Teil der Bevölkerung bereits neue Hoffnung geschenkt hat.

Die Nationalversammlung billigte mit 399 gegen 101 Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Gaullisten den Friedensvertrag mit Japan. Präsident Auriol wurde ermächtigt, den Vertrag zu ratifizieren.

Triest-Konferenz Mitte nächster Woche

Rom (UP). Wie amtlich bekanntgegeben wurde, nehmen die USA und Großbritannien Mitte nächster Woche mit Italien die geplanten Verhandlungen über Triest auf. Die Konferenz soll die Aufgabe haben, Einzelheiten eines Planes auszuarbeiten, nach dem Italien in der Triester Zone „A“, die von den Alliierten besetzt ist, weitgehende Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Wie es heißt, soll es in dieser Zone zu einer engeren Zusammenarbeit der beiden westlichen Großmächte mit Italien kommen, die „dem Geist der freundschaftlichen Beziehungen, der die drei Mächte in der atlantischen Allianz vereint“, entsprechen sollte.

Der Verband der Heimkehrer verlangt für die Kriegsgefangenen eine Entschädigung in Höhe von einer DM für jeden Tag Kriegsgefangenschaft. Diese Forderung wurde in Form eines Gesetzesentwurfes den zuständigen Stellen übermittelt.

Der Frankfurter Wolfgang Kannengießer wurde vom Kongreß der jungen europäischen Föderalisten, der in Aachen stattfand, zum neuen Präsidenten gewählt.

Der stellvertretende US-Hochkommissar in Deutschland, Generalmajor Hays, wird im April anstelle des erkrankten Generalleutnants Irwin das Kommando der US-Truppen in Österreich übernehmen.

Der griechische Verteidigungsminister Sakellariou legte sein Amt nieder, da die Sammlungsbewegung General Papagos gedreht hatte, das Parlament zu verlassen, wenn Sakellariou nicht zurücktrete.

Der Katyn-Ausschuß des US-Repräsentantenhauses nahm seine Arbeit in Europa auf. Die Bundesrepublik und Polen wurden zur Zusammenarbeit mit dem Ausschuß eingeladen.

Die USA haben die neue Regierung Kubas unter dem „Revolutionsgeneral“ Batista anerkannt.

Ein britisches Schnellboot stieß vor der holländischen Küste mit einem anderen Schnellboot zusammen und sank. Das zweite Schnellboot, das nur leicht beschädigt wurde, konnte nach Rotterdam erreichen.

Der irakische Senat ratifizierte einstimmig den kollektiven Sicherheits- und Wirtschaftspakt der Arabischen Liga. Mitunterzeichner sind Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien.

Zu einem Gebetskruzog für die verfolgten Katholiken Rumäniens rief Papst Pius XII. auf. In Rumänien könne nicht ein einziger Bischof seine Diözese frei verwalten, erklärte der Papst.

Für die Opfer der Flugzeugkatastrophe vom Samstag fand in Frankfurt eine Trauerfeier statt, bei der Vertreter der Bundesregierung, der hessischen Landesregierung und des konsularischen Korps der Toten gedachten.

Über die Berliner Sozialversicherung, deren Neuregelung eine der Ursachen für die Berliner Koalitionskrise war, konnte in einer Besprechung zwischen Bürgermeister Reuter und den Bundesministern Storch, Schäffer und Dehler eine Einigung erzielt werden.

Der erkrankte Oppositionsführer Dr. Schumacher wird wahrscheinlich im Mai wieder in Bonn seine Arbeiten aufnehmen können.

150 000 DM wurden, wie Bundesfinanzminister Schäffer mitteilte, von der Bundesregierung für die Wiederherstellung der Hafenanlagen von Helgoland zur Verfügung gestellt.

Gegen Feldmarschall a. D. Kesselring und Generalleutnant a. D. Mälzer werden am 2. April in München Spruchkammerverfahren eröffnet.

Kirchenpräsident Niemöller ist nach einem fünfwöchigen Aufenthalt in den USA, wo er auf Einladung privater Gruppen eine Reihe von Vorträgen gehalten hatte, wieder in Deutschland eingetroffen.

Tunis (UP). Der Bey von Tunis beauftragte den ehemaligen unabhängigen Ministerpräsidenten Salah Eddine Baccouche mit der Bildung eines Kabinetts gemäßigter Politiker, das mit Frankreich Verhandlungen über die Abtretung von Selbstverwaltungs-befugnissen an die tunesische Regierung aufnehmen soll.

Die Wahl des neuen tunesischen Ministerpräsidenten kommt einem Sieg der französischen Maßnahmen gleich, die vor zwei Tagen mit der Verhaftung und Internierung des Ministerpräsidenten Chenik und seiner Mitarbeiter sowie der Festnahme von Hunderten von Nationalisten und Kommunisten eingeleitet worden waren.

Bey Sidi Mohammed al Amin Pascha nahm die Ernennung des neuen Ministerpräsidenten nach einer einstündigen Unterredung mit dem französischen Generalresidenten, Graf Jean de Hauteclocque, vor.

Der Generalresident erklärte, er sei außergewöhnlich zufrieden mit der Ernennung Baccouches, die in gemeinsamen Besprechungen zwischen ihm, Hauteclocque, und dem Bey vereinbart wurde. Diese Übereinkunft werde, so erklärte Hauteclocque, dem Versuch ein Ende setzen, die tunesische Frage vor die UN zu bringen. Die Anwesenheit der beiden persönlichen Vertreter des französischen Staatspräsidenten Auriol und dessen Schreiben hätten sehr zu dem Erfolg beigetragen.

Obwohl die Franzosen die Absicht hatten, den Bey abzusetzen, wenn er sich der Aufforderung, ein neues Kabinett zu bilden, widersetzt hätte, erklärte de Hauteclocque vor Pressevertretern, er sei gegen Chenik vorgegangen, weil die Neo-Destour-Partei den Bey absetzen und eine Republik errichten wollte. Frankreich aber habe Verpflichtungen, den Bey und seine Dynastie zu schützen.

Im Anschluß an die einstündige Unterredung mit dem Generalresidenten und den Vertretern des französischen Staatspräsidenten wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt, man habe sich über die Prinzipien einer Reform geeinigt, die Tunesien innere Autonomie geben werde, während zu gleicher Zeit die Rechte und Interessen Frankreichs gewahrt bleiben. Das Übereinkommen soll in einem zweiseitigen französisch-tunesischen Abkommen niedergelegt werden, dessen Text von einer gemischten Kommission bis zum 24. April fertigzustellen ist.

Salah Eddine Baccouche bemüht sich augenblicklich, ein Kabinett zu bilden, das für die Franzosen annehmbar ist. Der 68 Jahre alte Staatsmann ist ein angeheirateter Verwandter des Bey und war Chef der ersten Nachkriegsregierung Tunesiens vom Mai 1943 bis Juli 1947. Seit dieser Zeit lebte er völlig zurückgezogen.

Die beiden tunesischen Minister, die sich im Auftrag Cheniks in Paris befanden, um den Fall Tunis vor die UN zu bringen, und die beim Einsetzen der Verhaftungen in Tunis plötzlich verschwanden, sollen sich jetzt auf der Rückreise nach Tunis befinden, wo sie das Schicksal Cheniks teilen sollen. Auch der bisherige tunesische Landwirtschaftsminister Mohammed Sedallah, der wegen einer Erkrankung von den französischen Behörden nicht festgenommen wurde, hat den französischen Generalresidenten in einem Schreiben gebeten, ebenfalls verhaftet zu werden.

Von geringfügigen Zwischenfällen abgesehen, herrschte in den letzten drei Tagen unter der tunesischen Bevölkerung Ruhe.

Ein Sprecher des arabisch-asiatischen Blocks sagte in Washington, die Staatsgruppe sei fest entschlossen, die Tunesienfrage trotz der neuen Ereignisse in Tunesien vor die UN zu bringen. Ein entsprechendes Schreiben soll am Mittwoch überreicht werden.

Agent Kemritz in ein Verbrecher

Ein Memorandum der Bundesregierung - McCloy's "Lösung" scharf mißbilligt

Bonn (UP). Die Bundesregierung wird in einem Memorandum an den US-Hochkommissar McCloy und den Bundestag ihre Unzufriedenheit mit der jetzt gefundenen „Lösung“ des Falles Kemritz zum Ausdruck bringen.

Die Abreise des ehemaligen Berliner Rechtsanwalts Dr. Hans Kemritz ins Ausland könne die Bundesregierung nicht als befriedigende Lösung anerkennen, so heißt es u. a. in dieser Stellungnahme. Die Handlungen des „Doppelagenten“ seien Verbrechen gewesen. Die Bundesregierung müsse sich andererseits dagegen verwahren, daß Verbrechen gedeckt werden, nur weil derjenige, der sie begangen hat, später Agent einer Besatzungsmacht geworden sei.

In dem Memorandum werden außerdem noch einmal alle die von der deutschen Delegation in der gemischten deutsch-amerikanischen Kemritz-Kommission vorgebrachten Argumente niedergelegt. Gleichzeitig wird die Hoffnung ausgesprochen, daß in ähnlichen Fällen künftig deutsche Stellen sofort eingeschaltet werden. Obwohl vier Sitzungen der deutsch-amerikanischen Kommission sich mit dieser Angelegenheit befaßten, habe sich eine einheitliche Anschauung nicht erzielen lassen. Der US-Hochkommissar habe daraufhin beschlossen, den Fall Kemritz durch eine Ausreise des Agenten zu „lösen“. Die Bundesregierung wisse nicht, wohin sich Kemritz begeben habe. Einen Auslieferungsantrag werde die Bundesregierung wahrscheinlich nicht stellen.

Bundesgesundheitsamt in Köln

Das Bundeskabinett beschloß auf Antrag des Bundesinnenministers, den Sitz des Bundesgesundheitsamts nach Köln zu legen.

Dr. Adenauer konferierte am Freitag mit Vertretern der Koalitionsparteien über politische und wirtschaftliche Probleme. Zu den erörterten Themen gehörten die bevorstehende außenpolitische Debatte im Bundestag

und die Beratungen über den Lastenausgleich. Der Bundeskanzler nahm aus diesem Grunde an der Kabinettsitzung nicht teil. Die vorgesehene Fortsetzung der Aussprache über die Sowjetnote und die Saarfrage wurde daher verschoben.

Der Bundeskanzler empfing außerdem die Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern und Südbaden, Dr. Gebhard Müller und Leo Wohleb, sowie andere südwestdeutsche Politiker zu einer Besprechung über aktuelle politische Fragen.

Eine Bewährungsprobe

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Dr. Höpker-Aschoff bezeichnete in einem Vortrag in Frankfurt die Klagen der Bundesregierung gegen die KPD und SRP als die Bewährungsprobe für den Gerichtshof. Die Verhandlung gegen beide Parteien werde voraussichtlich im Mai oder Juni stattfinden. Da das Bundesverfassungsgericht die demokratische Freiheit auch gegenüber dem Staat zu schützen habe, könne ein Urteil gegen diese Parteien nur dann gefällt werden, wenn der Tatbestand einer Gefährdung der demokratischen Grundordnung eindeutig erfüllt sei. Der Präsident deutete an, daß das Bundesverfassungsgericht wahrscheinlich schon bald die von der SPD eingereichte Verfassungsklage gegen das Petersberg-Abkommen und das deutsch-französische Zahlungsabkommen, die von der Bundesregierung ohne Bundestagszustimmung abgeschlossen wurden, behandeln werde.

Noch eine Verhaftung

Im Zusammenhang mit dem „Fall Platow“ wurde noch ein weiterer hoher Beamter des Bundeswirtschaftsministeriums verhaftet, nämlich der Leiter der Abteilung Preise und Kartelle, Ministerialdirigent Roland Risse. Risse hat ebenso wie der einen Tag vorher verhaftete Regierungsdirektor Dr. Eberhard Risse an dem Entwurf eines Kartellgesetzes mitgearbeitet.

Feststellungsgesetz kann in Kraft treten

Bundesrat billigt Investitionshilfe und Erhöhung der Unfallrenten

Bonn (ZSH). Entgegen einem früheren Beschluß des Bundesrates sollen für bestimmte Betriebe der Ernährungsindustrie nun doch keine Erleichterungen bei der Aufbringung der Investitionshilfe gewährt werden. Mit einer Stimme Mehrheit schloß sich der Bundesrat am Freitag der Auffassung der Bundesregierung an, daß für diese Betriebe der Ernährungsindustrie keine Sonderregelung getroffen werden könne, da sonst auch andere Wirtschaftszweige mit Recht die gleichen Ansprüche auf Sonderbehandlung geltend machen könnten. Die Investitionshilfe die die Aufbringung von einer Milliarde D-Mark für vordringliche Anlagen in der Grundstoffindustrie regelt, kann damit nun in Kraft treten.

Die Ländervertreter billigten den Vorschlag des Vermittlungsausschusses zum Feststellungsgesetz zur Vorbereitung des Lastenausgleichs, dem der Bundestag bereits zugestimmt hatte. Das „Gesetz über die Feststellung von Vertriebs- und Kriegsschäden“ kann damit ebenfalls verkündet werden und in Kraft treten.

Dem „Gesetz über die Zulagen und Mindestleistungen in der gesetzlichen Unfallversicherung und zur Überleitung des Unfallversicherungsrechtes im Lande Berlin“ stimmte der Bundesrat ebenfalls zu. Das Gesetz sieht eine gestaffelte Erhöhung der Unfallrenten von 5 bis 25 Prozent rückwirkend vom 1. Juni 1951 vor.

Die Ländervertreter billigten weiterhin das von der Bundesregierung vorgelegte Personalvertretungsgesetz, welches das Mitbestimmungsrecht der Beamten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst regelt. Ein Antrag der SPD-Länderregierungen, das Mitbestimmungsrecht der Bediensteten der öffentlichen Hand im allgemeinen Betriebsverfassungsgesetz zu regeln, wurde von der Mehrheit des Bundesrates abgelehnt. Der Gesetzesentwurf geht jetzt dem Bundestag zu.

Die Finanzminister der Länder werden am Samstag in Bonn erneut über die Forderung des Bundesfinanzministers beraten, den Anteil des Bundes an dem Länderaufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer von gegenwärtig 27 Prozent auf 40 Prozent zu erhöhen. Bisher ist noch keine Einigung mit dem Finanzausschuß des Bundesrates über die Forderung des Bundesfinanzministers erzielt worden.

Das Bundeskabinett billigte einen Gesetzesentwurf, nach dem auch im kommenden Rechnungsjahr die Versicherungsträger 20 Prozent der Mittel für die im vergangenen Jahr gewährten Rentenzulagen aufbringen sollen. Der Bund wird die restlichen 80 Prozent bezahlen. Diese Übergangsregelung war ursprünglich bis zum 31. März 1952 befristet worden und soll nun mit Rücksicht auf die Finanzlage des Bundes bis zum 31. März 1953 verlängert werden. Der Gesetzesentwurf wird nun dem Bundesrat und Bundestag zugeleitet.

„Waffenstillstand“ in Südafrika

Trotzdem werden Unruhen befürchtet

Kapstadt (UP). Die südafrikanischen politischen Parteien haben einem dreiwöchigen „Waffenstillstand“ zugestimmt, damit am 6. April die Gedenkfeiern aus Anlaß des 300. Jahrestages der Kolonisation würdig begangen werden können. In ununterrichteten Kreisen ist man sich jedoch darüber im klaren, daß die Spannung im Lande weiterbesteht, und daß es auch zu Kundgebungen der Eingeborenen kommen könnte. Die Vertreter der Organisationen der Mischlinge und Inder haben jedoch schon angekündigt, daß sie am 6. April Protestkundgebungen veranstalten wollen. In Kreisen der Polizei werden Unruhen und Zusammenstöße befürchtet.

Die Nachricht, daß die britische Regierung Seretse Khama für immer das Recht abgesprochen hat, als Häuptling die Führung seines Bamangwato-Stammes zu übernehmen, ist von der eingeborenen Bevölkerung in Betschuanaaland mit Ungehaltenheit aufgenommen worden. Man hält es für unwahrscheinlich, daß die Bamangwato der Aufforderung der britischen Regierung nachkommen, einen neuen Häuptling zu wählen.

Der südafrikanische Bergbauminister Johannes H. Viljoen gab bekannt, schon in wenigen Wochen werde zum erstenmal in der Geschichte des südafrikanischen Bergbaus mit der Förderung von Uran-Erz begonnen werden.

Keine Flottenstützpunkte in Spanien

Neue Atomwaffenversuche in Nevada

Washington (UP). Vor dem Bewilligungsausschuß des US-Repräsentantenhauses brachte Admiral Fehdeler, der Oberbefehlshaber der US-Marinestreitkräfte, zum Ausdruck, daß die amerikanische Marine in Spanien keine Flottenstützpunkte benötige. Die US-Mittelmeeerflotte könne sich weitgehend selbst versorgen und verfüge über ausreichende Ankerrechte im Mittelmeerraum. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß den amerikanischen Schiffen auch die britischen Stützpunkte zur Verfügung stehen. Fehdeler teilte auch mit, daß die US-Marine bis Ende des Finanzjahres 1953 monatlich 300 neue Flugzeuge erhalten werde, während die monatliche Belieferung zur Zeit des Ausbruches des Koreakrieges rund 60 Maschinen betragen habe. Ferner ist geplant, der US-Marine drei verschiedene Typen ferngelenkter Raketen-geschosse als neue Waffen zur Verfügung zu stellen.

Die US-Atomenergie-Kommission hat die Bevölkerung aufgefordert, sich bis auf weiteres vom Erprobungsgelände im südlichen Nevada fernzuhalten. Demnach scheint die Kommission die Absicht zu haben, auf diesem Gebiet in nächster Zeit neue Versuche mit Atomwaffen zu veranstalten.

Lösung „auf höherer Ebene“?

Seoul (UP). Nach der letzten Sitzung der Waffenstillstandsunterhändler in Pan Mun Jon häufen sich die Anzeichen, daß das Problem der Nominierung der Sowjetunion als neutrale Macht zur Überwachung des Waffenruheabkommens auf einer höheren Ebene gelöst werden soll. Der kommunistische Delegierte im Unterausschuß für die Überwachung des Waffenruhe-Abkommens hatte rundweg erklärt, seine Delegation werde über diese Frage nicht mehr verhandeln. Beide Seiten befinden sich wegen der Nominierung der Sowjetunion durch die Kommunisten seit 31 Tagen auf einem Punkt, an dem keinerlei Fortschritte mehr zu verzeichnen sind. Auch in Kreisen der Alliierten soll der Gedanke vorherrschen, daß diese schwierige Frage möglicherweise leichter in einem höheren Gremium zu lösen sein wird. US-Marineminister Kimball traf zu einem kurzen Besuch in Seoul ein.

Blutige Zusammenstöße in Teheran

Teheran (UP). Zwischen mehreren tausend Anhängern der verbotenen kommunistischen Tudeh-Partei und iranischer Polizei kam es zu blutigen Zusammenstößen, bei denen mindestens 10 Personen getötet und weitere 100 verletzt wurden. Etwa 50 kommunistische Demonstranten wurden verhaftet. Von den Verletzten sollen 16 in Lebensgefahr schweben. Der Zusammenstoß ereignete sich, als Polizei gegen etwa 10 000 Teilnehmer an einer Demonstration vorging, die die Kommunisten einberufen hatten, um gegen die angebliche bakteriologische Kriegführung amerikanischer Truppen in Korea zu protestieren. Die Demonstration konnte erst nach dreistündigen Bemühungen von Polizei und Militär aufgelöst werden. Unter den Demonstranten befanden sich viele Jugendliche, die Stalin und den Kommunismus hochleben ließen und immer wieder die Absetzung des Ministerpräsidenten Mossadegh forderten.

Bombenanschlag auf US-Informationsbüro

Zwischenfall in Damaskus - USA will Protest einlegen

Damaskus (UP). Auf das amerikanische Informationsbüro in Damaskus verübten unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag. Die Explosion war so stark, daß das Büro fast völlig zerstört wurde. Durch den starken Explosionsdruck wurde auch das benachbarte Büro der syrischen Presse- und Propaganda-Abteilung beschädigt. Ein arabischer Rundfunktechniker wurde durch die Explosion getötet. Nach einer Meldung des Senders Damaskus erlitten außerdem mehrere Personen Verletzungen.

Es wird angenommen, daß die Explosion auf eine Bombe zurückzuführen ist, die im Garten hinter dem Gebäude versteckt wurde. Obwohl es zunächst hieß, daß die Nummer eines Kraftwagens bekannt sei, mit dem die vermeintlichen Täter entkommen seien, sind die sofort eingeleiteten Untersuchungen bisher ergebnislos geblieben. Die nähere Umgebung des Informationsbüros wurde von der Polizei abgesperrt.

Wie aus dem US-Außenministerium verlautet, werden die USA bei der syrischen Regierung offiziell Protest gegen das Sprengstoffattentat auf das US-Informationsbüro einlegen.

Umschau in Karlsruhe

Feuerwehren 3182mal alarmiert

Karlsruhe (ld). 3182mal wurden die Feuerwehren des Landes Württemberg-Baden im Jahre 1951 alarmiert, und zwar zu 276 Großfeuern, 343 Mittelfeuern, 568 Kleinfedern, 38 Schornsteinbränden, 93 blinden Alarmen, 9 Explosionen, 138 böswilligen Alarmen und 1667 Hilfeleistungen. Auf die vier Großstädte Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart entfallen rund 2 Millionen des auf 8,5 Millionen DM geschätzten Schadens. Bei den Bränden kamen drei Personen ums Leben, 56 Feuerwehrmänner und 33 Zivilpersonen wurden verletzt. Auf Fahrlässigkeit und Unzuverlässigkeit entfielen 77 Prozent, 5,5 Prozent auf Funkenflug, 5 Prozent auf Selbstentzündung und 8 Prozent waren im Betrieb begründet.

Cirkus Krone auf Reisen

Karlsruhe (sw). Cirkus Krone, dessen Saisonpremiere in Karlsruhe wegen des großen Erfolges um vier Tage verlängert wurde, gastiert anschließend in den Pfälzer Städten Landau, Kaiserslautern und Speyer. Über Ostern spielt Krone in Mannheim, anschließend in Aschaffenburg, Heilbronn und Ulm an der Donau.

Metalldiebstähle nicht mehr lohnend

Karlsruhe (swk). Stand der Kupferpreis im Januar noch auf etwa 5,25 DM je Kilo, sank er in den beiden letzten Monaten derart „beeinträchtigt“ für die Buntmetalliehe, daß sich viele dieser „Händler“ aus dem Gewerbe zurückgezogen haben. Heute werden günstigstenfalls noch die Hälfte der Preise des Vormonats gezahlt. Der Kupferpreis steht zur Zeit bei rund 3 DM pro Kilo.

Aus der badischen Heimat

Internationaler Verbrecher festgenommen

Mannheim (sw). In Mannheim wurde von Bahnpolizeibeamten ein internationaler Verbrecher festgenommen, der sowohl von der deutschen, als auch von der österreichischen und der französischen Polizei steckbrieflich gesucht wird. Wie die Eisenbahndirektion Stuttgart mitteilte, befanden sich in seinem Reisegepäck Falsifikate, Zollbegleitscheine, Frachtbriefe, ein Druckkasten und Typenstempel. Der Mann versuchte, sich der Festnahme durch die Flucht zu entziehen, wurde jedoch bei der Verfolgung gestellt und ins Polizeipräsidium Mannheim eingeliefert.

Prof. Szenkar hatte mehrmals zugesagt

Mannheim (sw). Der Intendant des Mannheimer Nationaltheaters, Dr. Schüler, hat Generalmusikdirektor Professor Szenkar in einem Brief mitgeteilt, für ihn als langjähriger Theaterleiter bestünde „überhaupt kein Zweifel“, daß der Abschluß eines Vertrages für die kommende Spielzeit zwischen Prof. Szenkar und dem Nationaltheater mündlich zustande gekommen sei. Schüler betont, Szenkar habe am 11., 14., 15. und 18. März eindeutig die Erklärung abgegeben, er wolle in Mannheim bleiben. Auf wiederholte Bitten, den bereits durchgesprochenen und für gut befundenen Vertrag zu unterschreiben, habe Professor Szenkar mitgeteilt, daß er „im Drang der Geschäfte“ noch nicht dazugekommen sei. Dr. Schüler bedauert, daß die künstlerisch erfolgversprechende Zusammenarbeit mit einem solchen Mißklang habe enden müssen.

Wieder zwei Verkehrstote in Mannheim

Mannheim (sw). Zwei Motorradunfälle haben zwei Menschenleben gefordert. Ein 49 Jahre alter Motorradfahrer ist in einem Außenbezirk Mannheims in ein Schlagloch gefahren und gestürzt. Er ist im Krankenhaus verstorben. Ein anderer Motorradfahrer hatte ein achtjähriges Mädchen angefahren und stürzte. Beide wurden verletzt. Der Motorradfahrer erlag im Mannheimer Krankenhaus seinen Verletzungen.

Verteidigung plädiert für Freispruch

Schuldlosigkeit sei in allen Punkten erwiesen

Freiburg (sw). Im Prozeß gegen den früheren Leiter der südbadischen Zollfahndung, Zollamtmann Karl Klingenschmidt, und drei Mitangeklagte begannen die Plädoyers der Verteidiger. Klingenschmidts Verteidiger, Dr. Herrmann, beantragte für seinen Mandanten Freispruch in allen elf Punkten der Anklage. Klingenschmidt habe, das sei auch in der Verhandlung klar zur Geltung gekommen, große Vollmachten gebraucht, um überhaupt eine Zollfahndung aufziehen zu können. Die Mittel, die der Staat dem Angeklagten dafür zur Verfügung gestellt habe, seien geradezu lächerlich gering gewesen. Heute erwähne man jedoch die vielen Fälle nicht mehr, in denen Klingenschmidt unter eigenmächtiger Verwendung von Depotmitteln große Fahndungserfolge erzielt habe, sondern verweise nur auf die wenigen Fälle, die nicht die erwarteten Ergebnisse brachten. Man spreche von Untreue und Amtsunterschlagung, obwohl Klingenschmidt in keinem Fall Staatsgelder leichtsinnig und bedenkenlos ausgegeben habe.

Auch die Verteidiger der beiden Angeklagten Brömme und Dünnhaupt beantragten, ihre Mandanten in allen Punkten der Anklage freizusprechen. Der Verteidiger des Schweizer Koneth bat das Gericht, zwei der Koneth zur Last gelegten Einfuhrvergehen milde zu beurteilen, und beantragte in den übrigen Punkten ebenfalls den Freispruch seines Klienten. Der Verteidiger Brömmes, Dr. Rolf von Tietzen, bezeichnete in seinem Plädoyer den Aufbau der ganzen Anklage als fragwürdig. Er könne sich die Strafanträge nur damit erklären, daß die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden sei oder daß sie ihre zwei-

Mutter bestahl ihren Sohn

Mannheim (sw). Auf Grund eines erlittenen Verkehrsunfalles erhielt ein junger Mann aus Mannheim vor einiger Zeit eine Summe von 6500 DM ausgezahlt. Als er das Geld jetzt angreifen wollte, war es weg und er erstattete Anzeige bei der Kriminalpolizei gegen Unbekannt. Es dauerte nur kurze Zeit, bis sich herausstellte, daß die Mutter des Mannes die Diebin war. Sie hatte sich ein Auto, einen Pelzmantel und ein Radio zugelegt und die veruntreute Summe restlos ausgegeben. Die Frau wurde vorläufig festgenommen.

Mannheim. Ministerpräsident Dr. Mäier hat dem 37 Jahre alten Studenten Günther Göbel in Mannheim-Neckarau öffentliches Lob und Anerkennung für eine Lebensrettung ausgesprochen. (lwb)

Heidelberg. Im Kurfürst-Friedrich-Gymnasium soll eine Gedenktafel für die im 2. Weltkrieg gefallenen und vermißten ehemaligen Schüler der Anstalt angebracht werden. Die Schule bittet um Mitteilung von Namen der gefallenen und vermißten ehemaligen Schüler der Anstalt. (lwb)

Heidelberg. Der Starckenburger Winzerverein in Heppenheim konnte im vergangenen Jahr über mehr als 1000 Zentner Trauben verfügen, die von 140 Genossenschaftsmitgliedern abgeliefert worden waren. (swk)

Wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet

Tauberbischofsheim (sw). Die vor Jahresfrist von Wertheim nach Tauberbischofsheim übergesiedelte Hutfabrik Legerski, die als Flüchtlingsbetrieb außerordentlich gefördert worden ist und sich als erster Betrieb auf dem neuen Industriegelände der Stadt Tauberbischofsheim am Bahnhof Dittwar angesiedelt hat, ist in Konkurs gegangen. Im Zusammenhang hiermit wurde jetzt die Inhaberin, Frau Legerski, unter dem Verdacht des betrügerischen Bankrotts festgenommen, desgleichen auch ihr Sohn, der sich als Geschäftsführer eines Verstrickungsbruchs schuldig gemacht haben soll. Nach den ersten Feststellungen, bei denen die Zuweisungen der staatlichen Kredite eine beachtliche Rolle spielen, wurde auch die Leiterin der Abteilung Industrieförderung beim Landratsamt, Frau Schmidt, Tauberbischofsheim, auf Grund eines richterlichen Haftbefehls festgenommen.

Buchen. Der Kreistag von Buchen beschloß die Errichtung einer Wirtschaftsober- schule in Walldürn. (lwb)

Brand in einer Farbenfabrik

Offenburg (swk). In der Farbenfabrik André & Sohn in Oppenau brach ein Brand aus, dem in kurzer Zeit eine der vier Brenn- anlagen restlos zum Opfer fiel. Die Ursache konnte bisher nicht ermittelt werden.

Urteil gegen Singler bestätigt

Offenburg (sw). Die Große Strafkammer Offenburg verhandelte in einem erneuten Verfahren gegen den früheren Leiter des Soforthilfearbeits Lehr, Gottfried Singler, der am 28. Juni 1951 wegen fortgesetzter schwerer Amtsunterschlagung und Ukundenfälschung zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Zuchthaus beantragt und beim Bundesgerichtshof gegen das Urteil Revision eingelegt. Die Große Strafkammer Offenburg bestätigte jetzt das erste Urteil.

650 Jahre Oppenau

Oppenau (sw). Am 8. Juni wird in Oppenau der Reichtaler Heimattag veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit wird die Stadt Oppenau ihr 650jähriges Bestehen feiern. In dem großen Trachtenzug werden Trachtengruppen aus dem Kinzigtal, vom Kaiserstuhl und aus dem Markgräflerland vertreten sein.

Magere Beute für Geldschrankknacker

Crossbach (sw). Einige Einbrecher stiegen in das Büro einer Schraubenfabrik ein und versuchten, den Geldschrank zu öffnen. Die mitgebrachten Werkzeuge erwiesen sich jedoch als zu schwach, so daß sie von ihrem Vorhaben ablassen mußten und lediglich eine Stoppuhr mitnahmen.

einhalbjährige Ermittlungstätigkeit rechtfertigen wolle. Gerade im Falle Brömme habe man die Mehrzahl der Zeugen nicht verurteilt können, da sie selbst unter dem Verdacht strafbarer Handlungen gestanden und vor allem versucht hätten, sich selbst nicht zu belasten.

Einige Überraschung löste der Antrag auf den Freispruch Dünnhaupts in allen Anklagepunkten aus. Nach Ansicht des Verteidigers Dr. Ernst Haas, fallen die Dünnhaupt zur Last gelegten Einfuhrvergehen unter die Amnestie. Die Anklage wegen Unterschlagung und Erpressung beruhe auf rechtlich nicht begründeten Annahmen. Wenn von Unterschlagungen gesprochen werde, so sei nicht Dünnhaupt der Täter. Von einer Erpressung könne allenfalls im umgekehrten Sinne die Rede sein. Die beiden Anklagepunkte, in denen Dünnhaupt Betrug vorgeworfen werde, seien eine Frage der Glaubwürdigkeit. Der Angeklagte habe, weil er erst kurz vor der Hauptverhandlung verhaftet worden sei, nicht mehr die Zeit gehabt, sich Unterlagen zu beschaffen. Es sei ihm durchaus zumutbar, daß er die angeblich veruntreuten Gelder tatsächlich bei der Abwicklung der nicht zustande gekommenen Geschäfte eingebüßt habe. Dr. Haas verwies auf die Aussagen und amtlichen Feststellungen, die Dünnhaupt aus seiner Vorkriegstätigkeit her als unbedingt zuverlässigen Mann erscheinen ließen.

Der Verteidiger Koneths, Dr. Harrer, bat das Gericht, die Vergehen seines Mandanten, so weit sie überhaupt strafbar seien, milde zu beurteilen. Koneth sei kein berufsmäßiger Schmuggler, sondern nur von Zollagenten provoziert worden.



Vorerst keine Koalitionsverhandlungen

Memorandum in Bearbeitung von Dr. Müller

Stuttgart (sw). Die Verhandlungen über die Bildung einer Regierungskoalition für das neue südwestdeutsche Bundesland werden nicht vor Mitte nächster Woche fortgesetzt werden. Die CDU will das von der DVP/FPD gewünschte Memorandum über den Staats- und Verwaltungsaufbau, die Schulfrage und das Überleitungsgesetz Anfang kommender Woche ihren beiden Verhandlungspartnern vorlegen. Wie verlautet, wird das Memorandum gegenwärtig von dem süd-württembergischen Staatspräsidenten Dr. Müller ausgearbeitet. Führende Kreise der

CDU erklärten, die CDU erwarte, daß sich die DVP/FPD spätestens nach Erhalt des Memorandums verbindlich zur Frage der Koalitionsbildung und des Führungsanspruchs der CDU äußere. Erst dann könnten die Verhandlungen fortgesetzt werden. Von der SPD wird betont, daß sie in der Frage der Regierungsbildung vorerst nichts unternehmen, sondern die Einladung der CDU zu weiteren Verhandlungen abwarten wolle. Der BHE ist bereit, mit jeder Partei über die Bildung einer Regierungskoalition zu verhandeln. Die CDU wird den BHE künftig zu den gemeinsamen Besprechungen mit einladen.

Gesuchter Verbrecher war vier Jahre Arzt

Ein schwerer Autounfall brachte es an den Tag

Karlsruhe (ld). Durch einen Verkehrsunfall, der einem Radfahrer das Leben gekostet hatte, wurde die Landeskriminalpolizei in Karlsruhe auf die Spur eines seit über vier Jahren von der Hamburger Kriminalpolizei steckbrieflich gesuchten Verbrechers gewiesen, der sich nach dem Krieg als Mediziner ausgab und zuletzt in dem bei Karlsruhe gelegenen Dorf Söllingen unter dem Namen Dr. Rolf Reuter eine Krankenkassenpraxis als praktischer Arzt und Geburtshelfer betrieb. Er hatte mit seinem Kraftwagen auf einer Karlsruher Hauptstraße den Unfall verursacht. Bei den Ermittlungen stieß man auf den Steckbrief. Die Beschreibung des Gesuchten, insbesondere das Fehlen des kleinen Fingers, paßte genau auf den angeblichen Arzt. Er wurde von mehreren Kriminalbeamten mitten in der Sprechstunde verhaftet und mit Handschellen gefesselt in das Karlsruher Untersuchungsgefängnis übergeführt. Auch seine angebliche Ehefrau wurde festgenommen. Beide haben ein Geständnis abgelegt, das aber noch nachgeprüft werden muß.

Bei dem angeblichen praktischen Arzt Dr. Rolf Martin Albert Engelhardt Reuter handelte es sich in Wirklichkeit um den vorbestraften 39 Jahre alten Albert Paul Schiemann, nach dem wegen schweren Diebstahls, Unterschlagungen und Rückfallbetrügereien gefahndet wurde. Schiemann besitzt keine ärztliche Approbation, sondern benutzte zu seiner Legitimation teils echte, auf den Namen Reuter lautende Papiere, teils auch gefälschte. Seine angebliche Ehefrau Marianne Oiga, 35 Jahre alt, ist eine geborene Weihe. Die Ehe soll in den letzten Kriegsjahren in der heutigen Ostzone geschlossen worden sein. Die Staatsanwaltschaft bezweifelt, ob sich dies nachprüfen läßt. Frau Marianne hat zugegeben, von den falschen Papieren ihres Mannes gewußt zu haben.

Nur Volksschulbildung

Der nur über eine Volksschulbildung (in Essen und Hamburg) verfügende Schiemann hat sich seine pseudo-medizinischen Kenntnisse in Hamburg während seiner Tätigkeit als Angestellter der dortigen Ortskrankenkasse und während des Krieges im Lazarett als Sanitätssoldat erworben. Die auf den Namen Dr. Rolf Reuter lautenden echten Arzt-papiere will er von der Mutter eines gefallenen SS-Arztbes erhalten haben mit dem seltsam anmutenden Auftraz: „Ihren Sohn zu re-

habilitieren“. In einem Fall fungierte Schiemann sogar vier Monate als stellvertretender Amtsarzt.

Dezember 1950 tauchte Schiemann in dem 1100 Einwohner zählenden badischen Dorf Söllingen auf, wo gerade eine Arztstelle frei wurde. Es gelang Schiemann tatsächlich, eine Krankenkassenpraxis in den Räumen seines Vorgängers mit einer ständig steigenden Patientenzahl zu errichten. Der Bürgermeister gab, als die Erlaubnis der Badischen Ärztekammer vorlag, sein Mißtrauen auf. Teilweise lobten sogar die Patienten die Behandlungsmethoden des neuen Arztes, der mit Vorliebe die teuersten Arzneien verschrieb, schwierige Fälle aber sofort in das Krankenhaus überwies.

Wie im Hühnerhof

Heute, wo nach der Verhaftung Schiemanns das ganze Dorf einem aufgeschreckten Hühnerhof gleicht, sagen die Kranken, es sei ihnen gleich in der Sprechstunde des falschen Doktors aufgefallen, daß dieser ständig in Nachschlagewerken blätterte oder seine Frau, die angeblich Röntgeschwester gewesen sein soll, bei der Untersuchung zu Rate zog. Weiblichen Patienten gegenüber soll „Doktor“ Reuter gerne derbe Scherze gemacht haben. Nach der Festnahme Schiemanns und seiner angeblichen Frau melden sich bei der Kriminalpolizei laufend Leute mit unbezahlten Rechnungen. Schiemanns Hauswirtin trauert einem Betrag von fast 1000 Mark nach, ein Autohändler, der dem „Doktor“ einen komfortablen Kraftwagen lieferte, präsentierte ungedeckte Wechsel.

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sind noch nicht abgeschlossen. Außer der Frage, ob Schiemann durch seine falsche ärztliche Tätigkeit Patienten körperlich beschädigte, soll noch untersucht werden, welche Bewandnis es mit den häufigen nächtlichen Autofahrten des Verhafteten an die französische Grenze hat.

Freiburg. In Freiburg ist eine Philharmonische Gesellschaft gegründet worden. Die Gesellschaft will einen philharmonischen Chor bilden und gemeinsam mit dem Städtischen Philharmonischen Orchester große Oratorien und zeitgenössische Chorwerke zur Aufführung bringen. (lwb)

Wirtschafts-Nachrichten

Pariser Agrarkonferenz beendet

Enger Zusammenhalt mit OEEC
Vom 1. Juni bis 31. Oktober dieses Jahres soll in Paris eine große europäische Landwirtschaftskonferenz stattfinden.

Neben der Bundesrepublik waren auf der jetzt beendeten Vorkonferenz Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Norwegen, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und die Türkei vertreten.

Ausfuhr-Kredit AG. gegründet
Die Ausfuhr-Kredit Aktiengesellschaft wurde in den Räumen der Hessischen Bank (früher Deutsche Bank) in Frankfurt gegründet.

Liberalisierung von Eisen und Stahl

Bundeswirtschaftsminister Erhard versicherte in einer Rede vor Siegerländer Metallindustriellen in Eiterau, er sei fest entschlossen, auch bei Eisen, Stahl und Schrott mit den letzten Resten der Zwangswirtschaft aufzuräumen.

Wirtschaft in Kürze
Der Ministerrat der OEEC trat in Paris zu einer Sitzung zusammen, an der als Vertreter der Bundesrepublik Vizekanzler Blücher teilnahm.

Wirtschaft in Kürze
Der Ministerrat der OEEC trat in Paris zu einer Sitzung zusammen, an der als Vertreter der Bundesrepublik Vizekanzler Blücher teilnahm.

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Wer wird süddeutscher Meister?

1860 München und Waldhof Mannheim das Zünglein an der Waage?
Der Endkampf um die süddeutsche Fußballmeisterschaft treibt seinem Höhepunkt entgegen.

Auch Schweinfurt 05 und der VfB Mühlburg haben noch Punktgewinne nötig, um Schwaben Augsburg endgültig neben Neckarau zum Aufstieg zu verdammen.

Es spielen: FSV Frankfurt - VfL Neckarau Stuttgart Kickers - Bayern München, Waldhof Mannheim - VfB Stuttgart, Kickers Offenbach - Schwaben Augsburg, SpVgg. Fürth gegen VfR Mannheim, VfB Mühlburg - 05 Schweinfurt, Viktoria Aschaffenburg - Eintracht Frankfurt, 1860 München - 1. FC Nürnberg

Durlach kann zweiten Platz erringen

Oberliga-Anwärter vor schweren Prüfungen
Süddeutschlands 2. Liga steht weiterhin im Zeichen der Spiele um den zweiten Tabellenplatz, der noch zum Aufstieg in die Oberliga Süd berechtigt.

Es spielen: ASV Durlach - VfR Aalen, TSG Ulm 46 - ASV Cham, Bayern Hof - 1. FC Pforzheim, SSV Reutlingen - 1. FC Bamberg, VfR 04 - BC Augsburg, TSV Straubing - ASV Heidenheim, SV Wiesbaden - Wacker München, Freiburg - SV Darmstadt 98

Gefahr für Frankenthal und Kreuznach

Nur die Abstiegsfrage interessiert noch
Da der 1. FC Saarbrücken bereits als Meister der Oberliga Südwest feststeht, ist die Teilnahme des Tabellenzweiten an den Gruppenplayoffs zur deutschen Fußballmeisterschaft nicht mehr in Frage gestellt.

Es spielen: 1. FC Kaiserslautern - VfR Frankenthal, Eintracht Kreuznach - Eintracht Trier, TuS Neuwied - Wormatia Worms, Mainz 05 gegen FC Engers, Privat: Tura Ludwigshafen gegen DSC-TSG 78 Heidelberg

Drängt Daxlanden weiter vor?

KfV kaum noch gefährdet
In der nordbadischen Amateurliga scheinen die Wälder in der Meisterschaftsfrage gefallen zu sein. Es ist kaum anzunehmen, daß der mit relativ drei Punkten Vorsprung führende KfV, der seine restlichen Spiele auf eigenem Platz bestreiten kann, noch stolpert.

Es spielen: KfV - TSG Rohrbach, FC Höppner gegen SV Schwetzingen, FC Birkfeld - FC Daxlanden, Phoenix Karlsruhe - Amicitia Viernheim, VfR Pforzheim - Germania Brötzingen

Auf- und Abstieg in Baden

Die Punktspiele in den Amateurligen neigen sich ihrem Ende zu. Wie ist zum Ende der Saison die Situation? Wer nimmt an der Deutschen Amateurliga teil, wer an den Aufstiegs- und Abstiegsgruppen?

Süddeutsche Handballmeisterschaft

Startschuß am kommenden Sonntag
Am kommenden Sonntag fällt der Startschuß zur süddeutschen Handballmeisterschaft. Mit der SG Dietsenbach wurde am letzten Sonntag auf neutralem Platz in Felda der letzte Teilnehmer ermittelt.

Bretten braucht Sieg zur Sicherung
In der nordbadischen Handball-Verbandsliga muß der TSV Bretten sein Heimspiel gegen den VfB Mühlburg gewinnen, wenn der Klassenverbleib endgültig sichergestellt werden soll.

Es spielen: 1. FC Nürnberg - Frischauf Göppingen, SG Dietsenbach - VfR Mannheim

Badische Waldlaufmeisterschaften

Süd- und Nordbaden führen am kommenden Sonntag in Bietigheim bei Hartstatt gemeinsam die badischen Waldlaufmeisterschaften der Männer, Frauen, männlichen und weiblichen Jugend, Schüler und Schülerinnen durch.

150-180 Aktive nach Helsinki
Der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees, Dr. Karl Ritter von Halt, erklärte in Stuttgart bei einem vom Würt. Leichtathletikverband veranstalteten Werbe- und Filmabend für die Olympiamannschaft für Helsinki vorläufiglich aus 150-180 aktiven Teilnehmern und 50 Offiziellen zusammensetzen werde.

Schweden schlug Frankreich 1:0
Die schwedische Fußball-Nationalmannschaft kam am Mittwochabend in einem bei künstlicher Beleuchtung ausgetragenen Fußball-Länderspiel gegen Frankreich im Pariser Parc-de-Princes-Stadion zu einem überraschenden 1:0-Sieg (Halbzeit 0:0).

Carrara/Lapebie Sechstagesieger in Berlin

Mit dem erwarteten Sieg des starken französischen Teams Carrara/Lapebie ging das 36. Berliner Sechstagerennen in der Sporthalle am Funkurm zu Ende. Die Franzosen, die während der 145 Stunden klar das Feld dominierten und auch in den Schlussstunden jeden Angriff ihrer Verfolger abweisen konnten, sammelten insgesamt 444 Punkte.

NARREN im Schnee

ROLAND BETSCH
Copyright by G. Grote-Verlag Hamm
„Ja, es fängt langsam an, sich zuzudunkeln“, spottet der Akrobat und ahmt ihren Tonfall nach.

Nolde rollt die Augen. „Nein!“ brummt er. „Hat es auch nicht telefoniert?“
„Nein!“
„Kauen Sie Gummi, Akrobat?“
„Nein“, wettet Nolde, „aber Kirschbaumharz!“

schmiert man sich denn eigentlich dieses Wachs auf die Schneeschuhe?
Jetzt können die zwei Bretthüpter wieder lachen, daß es dröhnt.
„Hast du's gehört, Rolf? Ist dir auf diesem Planeten schon einmal ein solcher Hase über den Weg gelaufen?“

„Hoppla, hörst du's Nolde.“
„Ich kann viel Unsinn verdammen.“
„Jawohl, hier müßten alle Mauern wackeln vor lauter Lebenslust und Schneebelust.“

Fortsetzung folgt.